

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

Anpassungskonzept Jugendarbeit

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die für die weitere Entwicklung des Anpassungskonzepts Jugendarbeit notwendige Flexibilität soll insbesondere über personalwirtschaftliche Maßnahmen hergestellt werden, z. B. durch Umwandlung unbesetzter Stellen – im Rahmen der durch PEP gesetzten Zielzahl von 45 Stellen – in konsumtive Mittel.
2. In Abstimmung zwischen den Ressorts für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und Finanzen sollen auf Grundlage des noch zu erstellenden Konzeptes personalwirtschaftliche Handlungsspielräume identifiziert und für den begrenzten Modellversuch genutzt werden.
3. Dem Haushalts- und Finanzausschuss ist entsprechend zu berichten.

Cornelia Wiedemeyer, Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD

Helmut Pflugradt, Jörg Kastendiek und Fraktion der CDU